

WIE DER STAAT DAS WOHNEN VERTEUERT

Die Badische Zeitung (BZ) berichtete am 14.08.2020 – mal wieder – über hohe Mieten in Deutschland. Beim Ranking einer Erhebung des Immobilien-Portals „Immowelt“ habe Freiburg (nach München und Frankfurt) – mal wieder – einen „unerfreulichen Spitzenplatz“ belegt. Da solche Erhebungen von Immobilienportalen „mit Vorsicht zu betrachten sind“, da nur momentan neu vermietete Wohnungen und nicht alle Vermietungen in der Stadt erfasst werden, das schränkt Simone Lutz in ihrem Kommentar richtigerweise selbst gleich ein.

Siehe: <https://www.badische-zeitung.de/freiburger-geben-bis-zu-48-prozent-ihres-einkommens-fuer-miete-aus>

Und den lesenswerten Kommentar von Frau Lutz: <https://www.badische-zeitung.de/in-freiburgs-neubaugebieten-muessen-baugenossenschaften-zum-zug-kommen>

Ein ganz anderer Aspekt ist dagegen eindeutig und schon lange bekannt, und er wird – mal wieder – vom Bund der Steuerzahler (BdSt) in einer anderen Erhebung festgestellt: Wie sehr der Staat selbst (auch in den Gemeinden und auch in Freiburg) durch Steuern und Abgaben die Wohnkosten verteuert. Die Wohnnebenkosten nehmen innerhalb der gesamten Wohnkosten immer mehr Raum ein. Dazu zählen nicht nur die regelmäßig steigenden Strom-, Wasser- und Heizkosten selbst, sondern auch die darauf entfallenden Steuern und Abgaben. Außerdem sind beispielsweise Abwasser- und Abfallgebühren sowie die Grundsteuern von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich und werden – wie bei der Grundsteuer – zukünftig sicher noch erheblich steigen.

„Die staatlich verursachten Kosten dürfen nicht noch weiter steigen. Das gilt auch und gerade für die Reform der Grundsteuer.“

In diesem Ranking des BdSt, das – im Gegensatz zu dem der Immobilienportale – keine Momentaufnahme ist und alle Aspekte repräsentativ erfasst, belegen Städte in Baden-Württemberg (BW) eher obere Plätze mit hohen Kosten. Und Freiburg belegt innerhalb BW wiederum keinen niedrigen Platz. Wir schließen uns deshalb dem Appell des BdSt an die Politik an, der da lautet: „Runter mit den Belastungen, damit das Wohnen bezahlbar bleibt! Die staatlich verursachten Kosten dürfen nicht noch weiter steigen. Das gilt auch und gerade für die Reform der Grundsteuer. Hier sollte nicht das teure Bundesmodell, sondern ein einfaches Flächenmodell zum Zuge kommen.“

Quelle: Wirtschaftsmagazin „Der Steuerzahler“, Heft 6/2020 sowie Heft 7/8 2020.

Siehe auch: <https://freiburg-lebenswert.de/der-staat-als-kostentreiber-beim-wohnen/>

Sowie: <https://freiburg-lebenswert.de/die-groessten-preistreiber-auf-dem-immobilienmarkt/>



Engagierte Bürger in den Gemeinderat

Freiburg Lebenswert

Familie sucht Wohnung
Bieten Belohnung!

- Familie mit 2 Kindern sucht 4-5 Zimmer-Wohnung zur Miete
- Mind. 120 qm
- Mit Balkon oder Gartenanteil
- Schulen und ÖPNV in der Nähe
- Maximal 950 € Miete

500 €
Belohnung

4-5-Zi-Wohnung: 0761-1514710
4-5-Zi-Wohnung: 0761-1514710
4-5-Zi-Wohnung: 0761-1514710
4-5-Zi-Wohnung: 0761-1514710
4-5-Zi-Wohnung: 0761-1514710
4-5-Zi-Wohnung: 0761-1514710

Für soziale Durchmischung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums